

Antrag

der Fraktionen der CDU/CSU und FDP

50 Jahre Kennedy-Rede vor dem Rathaus Schöneberg in Berlin – Die transatlantischen Beziehungen fortentwickeln

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Vor 50 Jahren hielt der damalige Präsident der Vereinigten Staaten, John F. Kennedy, eine historische Rede vor dem Schöneberger Rathaus in Berlin. Der Grund seines Besuchs war der 15. Jahrestag der Berliner Luftbrücke, mit deren Hilfe die USA zur Zeit der sogenannten Berlin-Blockade 1948/49 dringend benötigte Versorgungsgüter in das von der sowjetischen Besatzung abgeriegelte Westberlin brachten. Die Rede Kennedys vom 26. Juni 1963 war ein weiterer Beweis für die Solidarität der USA gegenüber den Berlinern sowie allen Deutschen zur Zeit des Kalten Krieges und hat die Entwicklung der transatlantischen Beziehungen nachhaltig geprägt.

John F. Kennedy betonte in seiner Rede das Freiheitsverlangen und Durchhaltevermögen im Westen der geteilten Stadt. Erst zwei Jahre zuvor war durch den Bau der Berliner Mauer die Trennung zwischen Ost und West auf lange Zeit vollzogen worden. Der Systemkonflikt zwischen den freien Demokratien des Westens und den kommunistisch geprägten Diktaturen des Ostens verlief mitten durch Deutschland und Berlin. Der Präsident sprach den Menschen in Berlin und Deutschland – auch jenseits von Mauer und Stacheldraht – Mut zu: „Alle freien Menschen, wo immer sie leben mögen, sind Bürger dieser Stadt West-Berlin, und deshalb bin ich als freier Mann stolz drauf, sagen zu können: Ich bin ein Berliner.“

Diese Rede Kennedys hat die Entwicklung der transatlantischen Beziehungen nachhaltig geprägt. Die USA standen bis zum Fall der Mauer unverrückbar auf der Seite von Freiheit und Demokratie in Deutschland. Sie haben die Westintegration der Bundesrepublik Deutschland stets unterstützt, den Beitritt zur NATO im Jahr 1955 befördert und Dank ihres maßgeblichen Engagements die deutsche Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit im Jahr 1990 ermöglicht. Auch heute, 23 Jahre nach dem Ende der deutschen Teilung, bleiben die transatlantischen Beziehungen einer der wichtigsten Pfeiler der deutschen und europäischen Außenpolitik.

Von US-amerikanischer Seite wird Deutschland heute als „Partner in Verantwortung“ zur Bewältigung internationaler Herausforderungen und Konflikte angesehen. Das betrifft alle Politikbereiche, von der Zusammenarbeit bei der Überwindung der internationalen Wirtschafts- und Finanzkrise über globale Herausforderungen wie den Klimawandel und den Umgang mit knappen Ressourcen bis hin zur Abstimmung im Bereich der Sicherheitspolitik wie beispielsweise durch den gemeinsamen Beitrag zur ISAF-Mission in Afghanistan.

Die transatlantischen Beziehungen sind in den multilateralen Rahmen der NATO und der EU eingebettet. Die NATO dient nicht nur der Verteidigung des atlantischen Raumes, sondern leistet auch einen wichtigen Beitrag für die Stabilität und Sicherheit über diesen Bereich hinaus. Dabei gilt es in Zeiten knapper Haushaltsmittel, in vielen Mitgliedstaaten die Möglichkeiten des NATO-Konzepts der „Smart Defense“ zu nutzen. Hierbei geht es zwecks Effizienzsteigerung um die gemeinsame Entwicklung, Beschaffung, Instandhaltung und Nutzung militärischer Kapazitäten.

Auch die Beziehungen der USA zur EU bedürfen einer beständigen Fortentwicklung. Die EU und die USA sind die wirtschaftlich am stärksten verflochtenen Regionen weltweit und stimmen sich durch regelmäßige Konsultationen in den verschiedensten politischen Gestaltungsfragen ab – insbesondere auf den jährlich stattfindenden EU-USA-Gipfeltreffen. Im Hinblick auf die Wirtschaftszusammenarbeit entwickelt sich in diesem Jahr eine neue Dynamik. Der Deutsche Bundestag begrüßt nachdrücklich das Vorhaben einer Transatlantischen Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP). Die Europäische Union und die USA beginnen mit den Verhandlungen über die größte Freihandelszone der Welt. Dabei geht es um Verbesserung des Marktzugangs für Waren, Dienstleistungen und Investitionen, Regulierungsfragen, den Abbau nichttarifärer Handelshemmnisse und Regeln für die Weiterentwicklung des globalen Handels. Die EU und die USA erwirtschaften etwa 42 Prozent des Weltsozialproduktes. 2012 belief sich der Warenaustausch zwischen der EU und den USA auf 497 Mrd. Euro. Die EU und die USA sind füreinander auch jeweils der wichtigste Investitionspartner. Das Potential der Wirtschaftsbeziehungen ist jedoch noch nicht ausgeschöpft. US-Präsident Barack Obama stellte die vielfältigen Chancen für mehr Wachstum und Wohlstand in den USA und Europa durch die TTIP eindrucksvoll heraus. Neben zahlreichen positiven Aussagen von der Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel zur TTIP hat auch der Bundesaußenminister Dr. Guido Westerwelle die Bedeutung des Abkommens als „ein starkes politisches Signal für die Gestaltungskraft des Westens“ auf den Punkt gebracht. Angesichts globaler Machtverschiebungen und Herausforderungen für unsere Sicherheit und Freiheit haben gerade aus deutscher Perspektive die transatlantischen Beziehungen nichts von ihrer Bedeutung für die Bewahrung unseres freiheitlich-demokratischen Gesellschafts- und Wirtschaftsmodells verloren. Angesichts der globalen Machtverschiebungen werden sie sogar noch wichtiger – besonders aus deutscher Perspektive.

Der 50. Jahrestag der Berliner Rede von John F. Kennedy vor dem Schöneberger Rathaus bietet einen idealen Anlass, um die Bedeutung der transatlantischen Beziehungen öffentlich zu beleuchten. Deutschland und Europa sind mit keiner anderen Region der Welt so eng verbunden wie mit Nordamerika. Die kulturelle Nähe, ein gemeinsamer Kanon geteilter Werte und ein beispiellos dichter Austausch in den Bereichen Bürgergesellschaft, Wissenschaft, Bildung und Kultur verbinden beide Seiten. Dieses verbindende Band gilt es zu stärken und im Geiste gegenseitiger Wertschätzung und Freundschaft im öffentlichen Bewusstsein präsent zu halten.

Der Präsident Barack Obama hat dies am 19. Juni vor dem Brandenburger Tor in beeindruckender Weise getan. Anknüpfend an die Kennedy-Rede erklärte er, dass der „Kampf für Freiheit und Sicherheit und menschliche Würde“ auch nach dem Fall der Mauer weitergeht. Es gehe nicht nur darum, „achtsam unsere eigenen Freiheiten zu schützen“, sondern „auch jenen eine Hand zu reichen“, die in anderen Ländern „nach der Freiheit greifen“. Alle, die nach unseren Werten streben und Teil der „freien Welt“ werden wollen, seien „Bürger von Berlin“ und verdienten unsere Unterstützung.

Der Präsident rief dazu auf, vor den Herausforderungen unserer Zeit – vom Streben nach Frieden in Gerechtigkeit, Freiheit und Selbstbestimmung in ande-

ren Regionen der Welt, über wirtschaftliches Wachstum und soziale Gerechtigkeit, bis zum Klimawandel und nuklearer Abrüstung – nicht zurückzuweichen, sondern sie mit dem „Geist von Berlin“ zu bewältigen. Der Deutsche Bundestag stimmt dem Appell von Präsident Barack Obama mit Nachdruck zu: Nur wenn Europa und Amerika zusammenstehen, können wir diese Ziele erreichen. Die transatlantische Partnerschaft ist auch im 21. Jahrhundert der Schlüssel zu Freiheit, Sicherheit und Wohlstand für alle. Auch in Zukunft bleiben Nordamerika und Europa füreinander die besten Partner.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung im Rahmen der bestehenden Haushalts- und Finanzplanungsansätze auf,

- die Verhandlungen der Europäischen Kommission über das Abkommen einer Transatlantischen Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) mit den USA nach allen Kräften zu unterstützen;
- die sicherheitspolitische Kooperation mit den USA im Rahmen der NATO weiter zu vertiefen;
- die transatlantische Partnerschaft durch politische Konsultationen, wirtschaftliche Kooperation und kulturelle Zusammenarbeit weiterhin in allen Bereichen engagiert zu fördern.

Berlin, den 25. Juni 2013

Volker Kauder, Gerda Hasselfeldt und Fraktion
Rainer Brüderle und Fraktion

